

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Böhm (Melsungen), Graf Huyn, Werner, Schulze (Berlin), Lamers, Dr.-Ing. Oldenstädt, Dallmeyer, Lowack, Frau Geier, Dr. Hennig, Berger (Lahnstein), Sauer (Salzgitter), Dr. Kunz (Weiden), Dr. Hüsche, Dr. Todenhöfer, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Marx, Dr. Hornhues, Dr. Hupka, Rühle, Repnik, Dr. Mertes (Gerolstein), Lintner, Gerster (Mainz), Dr. Abelein, Straßmeir, Clemens, Dr. Arnold, Würzbach und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/926 —

Reiseverkehr aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Zahl der Begegnungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten zu vermehren und im Kontakt mit der DDR weitere Reisemöglichkeiten zu eröffnen. Diese sollten im Reiseverkehr von Ost nach West nicht nur an besondere Familienangelegenheiten gebunden sein.

In den Gesprächen am Werbellin-See herrschte Übereinstimmung über den politischen und psychologischen Zusammenhang aller Probleme zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit der DDR über weitere humanitäre Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll alle Möglichkeiten der KSZE-Schlußakte von Helsinki (Korb III, Nr. 1) voll ausschöpfen.

Bonn, den 8. Juni 1982

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Ronneburger	Frau Terborg	Werner	Frau Fromm
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Frau Terborg, Werner und Frau Fromm

Der Antrag ist in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Februar 1982 an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen überwiesen worden.

Der Ausschuß hat in seiner 25., 27., 29. und 31. Sitzung am 10. Februar, 10. März, 28. April und 12. Mai 1982 den Antrag mit dem Bemühen beraten, zu einer von allen Fraktionen getragenen gemeinsamen Beschlußformulierung zu gelangen. Die Berichterstatter waren vom Ausschuß mit Gesprächen zur Vorbereitung der Ausschußberatungen beauftragt worden und tauschten mehrere Textentwürfe aus. Für die Schlußabstimmung lag dem Ausschuß schließlich ein Entwurf der Fraktion der FDP vor, der vollinhaltlich von der Fraktion der SPD unterstützt wurde.

Die Fraktion der CDU/CSU hatte keine Einwendungen gegen den ersten und zweiten Absatz der Beschlußempfehlung. Sie wollte jedoch insbesondere an die Stelle des dritten Absatzes den folgenden Text setzen:

„Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, mit der DDR Gespräche und Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, für alle Bewohner der DDR die Möglichkeit zur regelmäßigen Ausreise zum Zwecke des Besuches von Familienmitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte (Korb III, Nr. 1 Buchstabe b) zu vereinbaren.“

Die Opposition legte dabei Wert auf die Feststellung, daß es ihr darum gehe, gerade eine bilaterale Folgevereinbarung zur KSZE-Schlußakte anzustreben, die auch den Menschen unterhalb des Rentenalters mehr Familienbesuche ermöglichen solle. Entscheidendes Kriterium sei auch, daß man zu verbindlichen Vereinbarungen mit der DDR gelangen müsse.

Die Sprecher der Fraktionen der SPD und der FDP kritisierten, daß in den Textvorschlägen der Opposition unterstellt werde, die Bundesregierung habe bisher Gespräche und Verhandlungen über das anstehende Thema nicht geführt und müsse dazu aufgefordert werden. Es sei nicht das Entscheidende, ob es Vereinbarungen mit der DDR gebe, sondern daß man im Kontakt mit der DDR — ob multilateral oder bilateral — zu erreichen versucht, daß sich die Situation der Menschen verbessert. Je weniger der Handlungsspielraum der Bundesregierung dabei eingeengt werde, um so größer sei die Chance, daß auf diesem Wege weitere Schritte getan werden könnten.

Nach dem Scheitern der Einigungsbemühungen forderte die Fraktion der CDU/CSU Abstimmung über den ursprünglichen Text des Antrags in Drucksache 9/926. Der Antrag der CDU/CSU wurde abgelehnt, die vorliegende Beschlußempfehlung hingegen mit Mehrheit angenommen.

Bonn, den 9. Juni 1982

Frau Terborg Werner Frau Fromm
Berichterstatte